

Rot-Rot ist für Wohnungschaos verantwortlich



Die WBM steht kurz vor der Insolvenz. 30.000 Wohnungen um-

Nicolas Zimmer fasst der Bestand der finanziell angeschlagenen Wohnungsbaugesellschaft Mitte. Mehrere hundert Mitarbeiter und zehntausende Mieter stehen vor einer ungewissen Zukunft. Und was macht der Senat? Rot-Rot laviert herum. Durch Berlin wabern Gerüchte, alle Wohnungen sollen verkauft werden, dann spricht man von der Hälfte des Bestandes. Dann wieder heißt es, es wird gar nichts verkauft. Und zuletzt der Vorschlag aus der SPD, eine gewisse Anzahl von Wohnungen von der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Mitte an eine andere landeseigene Gesellschaft zu verkaufen. Aber die Probleme werden so nur verlagert. Denn die WBM ist mit 1,1 Mrd. Euro verschuldet. Und bei den anderen Wohnungsbaugesellschaften sieht es häu-



Marode WBM: Senat muss ein Sanierungskonzept vorlegen

fig nicht besser aus. Alle Gesellschaft zusammen (Wohnungsbestand rund 250.000) stehen insgesamt mit rund 10 Mrd. Euro in der Kreide. Der Senat war nach einem Gutachten der Gewerkschaft Ver.di bereits seit 2003 über die angespannte Situation bei der WBM informiert. Und auch die CDU hat bereits im Jahr 2004 auf die drohenden Probleme hingewiesen, aber leider vergeblich. Der Senat hat, obwohl er es besser wusste, die Hände in den Schoß gelegt. Wir fordern vom Senat, dem Abgeord-

netenhaus unverzüglich ein Sanierungskonzept für die Wohnungsbaugesellschaft Mitte vorzulegen. Dabei ist insbesondere auch darzustellen, inwieweit eine sinnvolle Weiterführung der Wohnungsbaugesellschaft Mitte als eigenständiges Unternehmen überhaupt möglich ist. Darüber hinaus soll der Senat endlich ein tragfähiges Restrukturierungskonzept für die landeseigene Wohnungswirtschaft noch in dieser Legislaturperiode vorlegen. Bis dahin ist ein sofortiger Stopp aller Veräußerungen

von Wohnungsbeständen oder ganzer Wohnungsbaugesellschaften mit Ausnahme von Mieterprivatisierungen bis zum Beschluss über ein wohnungswirtschaftliches Gesamtkonzept zu verhängen. Die seit Jahren fortschreitende Fehlentwicklung im Bestand der Wohnungsbaugesellschaften darf nicht länger auf dem Rücken der Mieter oder zu Lasten der einzelnen Unternehmen ausgeglichen werden.

von Nicolas Zimmer, CDU-Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus

Neue Wege zum Schutz unserer Kinder

Die jetzt vom rot-roten Senat für das Jahr 2004 genannten Zahlen der Berliner Kinder, die unter Misshandlungen beziehungsweise Verwahrlosungen litten, nennt Friedbert Pflüger „Besorgnis erregend“. Mehr als 4500 Berliner Kinder wurden danach Opfer. Die Dunkelziffer, so der Deutsche Kinderschutzbund, dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Friedbert Pflüger betont: „Durch niedrigschwellige Angebote der Beratung und Begleitung sowie durch eine frühzeitige und vor allem vernetzte Hilfe können Eltern, die besonders belastet sind, erreicht werden. Greifen diese ersten Maßnahmen hingegen nicht, ist zum Schutz der Kinder weiteres Handeln geboten. Von besonderer Bedeutung sind die Vorsorgeuntersuchungen.“ Der designier-

te CDU-Spitzenkandidat verweist auf die Hamburger Bundesratsinitiative,

„Müssen wir nicht aber vor dem Hintergrund der dramatisch hohen Zahl von

beispielsweise, so legt er dar, werden staatliche Zuwendungen für Familien reduziert, wenn die Kinder nicht bei der Vorsorge waren und, so Pflüger weiter, die Erfahrungen sind positiv, weil die Kinderärzte näher an den Familien bleiben, die Entwicklung der Kinder registrieren und bei Fehlentwicklungen gezielt beraten können. Friedbert Pflüger: „Der Staat hat natürlich das Elternrecht auf Erziehung der Kinder zu beachten. Aber er hat noch mehr die Pflicht, dem Schutz und der Gesundheitsvorsorge der Kinder höchste Priorität einzuräumen. Im Zweifel also für das Kind. Denn jedes Kind hat das Recht auf wirksamen(!) Schutz vor Misshandlung und Verwahrlosung!“



Friedbert Pflüger beim Besuch einer Kita.

wonach die Krankenkassen prüfen, ob die Eltern ihre Kinder an den Vorsorgeterminen vorgestellt haben. Ist eine Untersuchung - auch nach Aufforderung - ausgeblieben, soll die Krankenkasse das Jugendamt auf die Familien aufmerksam machen.

Missbrauchsfällen und Verwahrlosungen weitergehen? Soll man nicht den Eltern sagen können, dass der Anspruch auf Kindergeld und Sozialhilfe gefährdet ist, wenn sie Vorsorgeuntersuchungen nicht wahrnehmen?“, fragt Pflüger. In Österreich

In Kürze

Videüberwachung an gefährdeten Plätzen durchsetzen

Innensenator Körting (SPD) schwenkt auf die Linie der Berliner CDU ein. Er denkt jetzt über Videüberwachung gefährdeter Plätze im Rahmen der Fußball-WM nach. „Ob der plötzliche Sinneswandel Populismus pur oder doch ein Frühlingserwachen ist, muss man abwarten. Wir hoffen, dass der Ankündigungssenator nun endlich einmal Worten Taten folgen lässt“, so CDU-Innenexperte Frank Henkel.

Bundeswehreinsetzung zur Fußball-WM

Die Mehrheit der Deutschen befürwortet einer «N24-Emnid-Umfrage» zufolge den Einsatz der Bundeswehr bei der Fußball-Weltmeisterschaft. Fast drei Viertel (70 Prozent) sprachen sich dafür aus, dass Soldaten bei dem Großereignis zusammen mit der Polizei für Sicherheit sorgen. Auch die Berliner Union ist dafür.

CDU fordert ab Klasse 1 Werteerziehung

Positiv kommentierte die Berliner Morgenpost den Vorstoß der Berliner Union, den Schülern die Wahl zwischen einem Fach Ethik/Philosophie und dem Fach Religion zu lassen. Im Abgeordnetenhaus fordern die Christdemokraten zudem, ein solches Wahlpflichtfach von Klasse 1 bis 13 im Schulgesetz festzuschreiben.

Rot-rote Blockade des Seniorenförderungsgesetzes

Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Gregor Hoffmann, zeigte sich erstaunt über die Verzögerungstaktik von SPD und Linke.PDS bei der Verabschiedung eines Seniorenengesetzes. Ursprünglich sollte der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion am 23.Februar im Fachausschuss behandelt werden. Offenbar wollen aber die Regierungsfaktionen einen Gesetzesbeschluss in dieser Legislaturperiode verhindern.